

Vorlage Nr. 19/285-S
für die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
am 1. März 2017

Konzept zur Ausschöpfung der Eingliederungstitel in den Jobcentern (JC)
Bremen und Bremerhaven im Jahr 2017

A. Problem

In der Sitzung am 7. Sep. 2016 wurde die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen mit dem Stand der Ausschöpfung des Eingliederungstitels (EGT) 2016 befasst.

Der Abgeordnete Rupp hat in der Aussprache um ein Konzept zur Ausschöpfung der Eingliederungstitel in den Jobcentern (JC) Bremen und Bremerhaven im Jahr 2017 gebeten.

Die Fraktion der Partei DIE LINKE hat im Rahmen der Fragestunde der Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) am 25. Jan. 2017 in einer Anfrage unter dem Titel „Mittelausschöpfung des Jobcenters Bremen im Jahr 2016“ u.a. folgende Frage gestellt:

„Welche Maßnahmen trifft das Jobcenter Bremen, um im Jahr 2016 [gemeint ist offensichtlich das Jahr 2017; so dort auch beantwortet; Anmerkung SWAH] eine möglichst hohe Ausschöpfung des Eingliederungstitels zu erreichen?“

Da die Frage inhaltsgleich mit der Berichtsbitte dieser Vorlage ist, wird auf die Antwort auf die Frage der Fragestunde explizit Bezug genommen.

B. Lösung

Zuständigkeit JC Bremen

Als kommunaler Träger ist der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen Mitglied der Trägerversammlung (TV) des Jobcenters Bremen und durch Vorlagen zum EGT für dieses Gremium mit der Umsetzung und Ausschöpfung des EGT befasst.

Die operative Verantwortung für die Planung und Ausschöpfung des EGT liegt beim Jobcenter, die Steuerung des EGT liegt beim für die Bundesmittel zuständigen Träger Agentur für Arbeit Bremen-Bremerhaven.

Zuständigkeit JC Bremerhaven

Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen hat in seiner ministeriellen Funktion (Land) wie für das JC Bremen so auch für das JC Bremerhaven keine Zuständigkeit. Die kommunale Zuständigkeit liegt beim Magistrat der Stadt Bremerhaven, die Zuständigkeit für die bundesfinanzierten Mittel des EGT liegt auch in Bremerhaven beim Träger Agentur für Arbeit Bremen-Bremerhaven.

Aufgrund fehlender Zuständigkeit im und für das JC Bremerhaven beschränkt der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen seine folgenden Ausführungen auf das JC Bremen.

Planungen des JC Bremen

Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stellt nachfolgend die wesentlichen geplanten Bausteine und Maßnahmen vor, mit denen das JC Bremen die vollständige Ausschöpfung des EGT im Jahr 2017 erreichen will.

- Der voraussichtliche Mittelumfang des EGT gemäß Eingliederungsverordnung und zusätzlicher flüchtlingsinduzierter Mittel beträgt 56,9 Mio. €
- Es werden Umschichtungen aus dem EGT in das Verwaltungskostenbudget i.H.v. ca. 2,5 Mio. € geplant, sodass ca. 54,4 Mio. € als Eingliederungsmittel zur Verfügung stehen.
- Die Mittel werden mit dem Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm (AMIP) umgesetzt, das in der Trägerversammlung am 30.11.2016 abgestimmt worden ist.
- Der Eingliederungstitel wurde zur Absicherung von Risiken in Höhe von 12% überplant.
- Je nach Steuerungsbedarf und Ursachen von möglichen Fehlentwicklungen werden unterjährig durch die Geschäftsleitung bedarfsgemäße Schritte zur Korrektur festgelegt.
- In einem monatlichen Besprechungsformat erfolgt ein internes Controlling der Eintritte in Maßnahmen und ein darauf bezogenes Finanzcontrolling.

- Zwischen dem Träger Agentur für Arbeit und dem Jobcenter finden 5 – 6 Monatsgespräche zur Zielerreichung in 2017 statt.
- Bei absehbarer Verfehlung der Eintrittszahlen in Maßnahmen und der Mittelbindung und -verausgabung nimmt das Jobcenter unterjährig eine Nachplanung vor.
- Die Trägerversammlung wird in jeder Sitzung mit dem Stand der Umsetzung des Eingliederungstitels befasst. Bei Bedarf leitet die Trägerversammlung ergänzende Steuerungs- und Controllingmaßnahmen ein.

C. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen werden durch die Vorlage nicht berührt.

Eine Genderrelevanz ist nicht gegeben.

D. Negative Mittelstandsbetroffenheit

Die Prüfung nach dem Mittelstandsförderungsgesetz hat keine qualifizierte (negative) Betroffenheit für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen ergeben.

E. Beschluss

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt von dem Bericht Kenntnis.